

# Für wieviel Zuwanderer haben wir Arbeit?

Natürlich ist die Einstellung von Oskar Lafontaine zu den Rußlanddeutschen indiskutabel („Ein verfolgter Afrikaner ist mir lieber als ein bedrängter Rußlanddeutscher“). Das war nicht Stammtisch, sondern viele Etagen tiefer. Und - wie schon bei der Wiedervereinigung - eine offene Pflichtverletzung gegenüber den Angehörigen des eigenen Volkes.

Klüger hat sich in dieser Sache Lafontaine Ex-Konkurrent Rudolf Scharping verhalten. Weil er das eigentliche Problem angesprochen hat. Das sind nicht die Deutschen aus Osteuropa. Sondern ist die Massenwanderung von Ausländern aus aller Welt und die Vergabe von jährlich rund 800 000 Arbeitserlaubnissen der EU. Bei über 4 Millionen einheimischen Arbeitslosen!

Damit hat zum erstenmal ein führender Sozialdemokrat den Umfang der Duldung dieser Masseneinwanderung in die überfüllte Bundesrepublik Deutschland als Irrweg bezeichnet. Und vielleicht einigen seiner Multi-Kulti-Parteifreunde die Binde von den Augen genommen. Schließlich war es noch im vergangenen Jahr eine Hauptforderung des „fortschrittlichen“ Lagers, Deutschland auf Dauer in ein Einwanderungsland umzuwandeln. Wenn sich Scharping und die SPD in dieser Schicksalsfrage tatsächlich bewegten, wäre dies eine wunderbare Bekehrung - totaler als jene von Paulus auf der Straße von Damaskus.

## Gast-Beitrag

Von Dr.

PETER

GAUWEILER



Im letzten Jahr sind 600 000 Ausländer zusätzlich nach Deutschland gekommen. Das entspricht der Größenordnung einer Stadt wie Dortmund. Nachdem der Zustrom immer weitergeht, müßten wir jedes Jahr ein neues Dortmund bauen. Wer meint, dies sei den Deutschen möglich, ist ver-rückt oder arbeitet auf das Ende unserer Nation hin.

Wahlkampf hin oder her - die Union muß also Scharping beim Wort nehmen. Was wir brauchen, ist ein überparteilicher nationaler Richtungsentscheid, wie viele Menschen das Land verträgt. Wie viele können wir unterbringen, für wie viele haben wir Arbeit und bei wie vielen reicht un-

sere soziale Infrastruktur von Schulen bis zu Altersheimen nicht mehr aus: Wenn es nicht bei uns nach und nach Slums und Dritte-Welt-Verhältnisse geben soll.

Dieses muß, ähnlich wie beim Asylkompromiß, in einem überparteilichen Konkla-ve diskutiert, beraten und geklärt werden. Am Ende einer solchen Debatte muß ein Einwanderungs-Begrenzungs-gesetz stehen, das den rechtmäßig eingewanderten Fremden und seine Familie schützt sowie deren Gastrechte und Gastpflichten auf einen Nenner bringt. Auf der anderen Seite aber muß dieses Gesetz deutlich machen, daß wir den Großteil derer, die in Zukunft aus aller Welt nach Deutschland einwandern wollen, nicht zusätzlich aufnehmen können und werden.

BILD 6.3.96